

Richard Kelber

Multikultur und Stadtentwicklung

Demokratie qualifiziert sich nicht dadurch, daß die Mehrheit entscheidet, sondern durch ihren Umgang mit den Minderheiten der Gesellschaft

Es ist eine Binsenweisheit: Die multikulturelle Gesellschaft gibt es nicht einfach so. Sie ist vielmehr ein Prozeß, der immer wieder neue Ergebnisse generiert. Das Gegenteil von Statik also. Oder, wie es im Bericht über unser Projekt „Ein Phantom geht um“ heißt: Multikulturelle Gesellschaft als Realität, Notwendigkeit und Ziel.

Das war schon immer so. 1753, als Benjamin Franklin bezweifelt hat, daß die deutsche Minderheit in Boston ohne Schaden für die Gesellschaft integrierbar sei, ebenso wie im 19. Jahrhundert, als in Preußen-Deutschland schon einmal Arbeitskräfte gebraucht wurden und aus Polen Menschen kamen, die erst nach vielen Jahrzehnten und noch mehr Konflikten („Polacke“ existiert als Schimpfwort immer noch) hier akzeptiert und heimisch wurden.

Damals ging es um die Integration nur einer Bevölkerungsgruppe. Heute haben wir es mit MigrantInnen aus vielen „Anwerbeländern“ zu tun. Deshalb nicht „bi-“, sondern „multikulturelle“ Gesellschaft. Ein echtes Phantom. Um den deutschen Planeten kreisen Satelliten aus Griechenland, Italien, Ex-Jugoslawien, Portugal, Spanien und vor allem der Türkei und beziehen sich so gut wie ausschließlich auf den Planeten. Eine vielfältig biculturelle Gesellschaft, eigentlich, mit deutscher Hegemonie.

Eine multikulturelle Gesellschaft setzt multikulturelle Kommunikationsmöglichkeiten voraus. Woher soll(t)en diese kommen angesichts eines Analfabetismus von mehr als der Hälfte der MigrantInnen in ihrer Heimatsprache und einer mehr als unzulänglichen Beherrschung der deutschen Sprache – von den Sprachen der MigrantInnen aus anderen Ländern gar nicht zu reden? Die Orientierung, der Rückzug auf den Umgang mit Landsleuten ist daher kaum verwunderlich, sondern höchst verständlich und als „Ghettoisierung“ – womöglich noch selbstgewählte – nur denunziatorisch charakterisiert. Schließlich hat der deutsche Staat alles unterlassen, was zur Vermittlung von Kommunikationsmöglichkeiten realisierbar und nötig gewesen wäre.

Es erscheint unter diesem Aspekt kaum verwunderlich, daß viele Expertinnen auch heute noch zum Aufbau nationalitätenspezifischer Zentren raten, obwohl dies ein Eingeständnis ist: 20 Jahre Integrationsarbeit können nicht sonderlich erfolgreich gewesen sein. Das polnische Beispiel mag als Hin-

weis verstanden werden, daß allein die Zeit – und damit die Gewöhnung – hierzulande zu sozial(v)erträglichen Migrationsergebnissen führt. Denn einen bewußten Umgang damit kann es nicht geben, weil: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, wie an und von entscheidenden Stellen unablässig betont wird. Hauptziel von Integration war und ist deshalb aus deutscher Sicht in aller Regel die Assimilation. Schließlich kommen „die“ ja hierher.

Dabei wirkt ein sonderbarer Begriff vom Ausländer bestimmend, den ein deutscher Sportreporter noch 1992 kolportiert hat, der bei der Übertragung eines Fußballspiels der DFB-Auswahl, Nationalmannschaft genannt, meinte: „Heute sind wir alle hier Ausländer, und deshalb sollten wir uns entsprechend benehmen.“ Wie wir das von den „Gastarbeitern“ immer schon erwartet haben. Die allerdings nicht gekommen wären, wenn man sie nicht lauthals zu Hilfe gerufen hätte.

Wer aber hat einen Begriff von den kulturellen Wurzeln der MigrantInnen? Wer kennt sich aus im fundamentalen Nachrichtendickicht zwischen Taslima Nasrin und Salman Rushdie, Imam und Mullah, Kopftuch und Turban? (Letzterer gilt der Berliner Polizei als Insignie der Muslime.) Wer erlebt in diesem Land alltäglich AusländerInnen? Wer gar lebt tagtäglich mit AusländerInnen?

Diese Frage wird auf der Grundlage empirischer Untersuchungen und im Interesse unterschiedlicher Auftraggeberinnen immer wieder unterschiedlich beantwortet. Wie seine eigene Realität aussieht, kann nur jeder einzelne Mensch für sich beantworten. Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund ist sicher als Privatperson nicht repräsentativ. Aber als Repräsentant, der in offizieller Mission die Integration sowieso schon als gelungen verkünden muß.

Nach den ersten Brandanschlägen auf Wohnhäuser von TürkInnen meinte ein Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordneter: „Wenn sich nun extremistische Gewalttäter auch gegen lange in Deutschland lebende Ausländer richten, zielen sie gegen die Bereitschaft zur Integration, gegen das friedliche Miteinanderauskommen.“ Wohl weil er das ähnlich sieht, waren es erst diese Anschläge, die den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund veranlaßten, die ausländischen Vereine der Stadt an einen „Runden Tisch“ zu laden. „Erstmals“, wie er stolz betonte.

Kaum ein Jahr vorher war ein Türke von einem betrunkenen Deutschen erschossen worden. Die daraufhin organisierte kaum multikulturell zu nennende Kundgebung hätte weit vor Solingen Zeichen setzen können. Sie offenbarte Unverständnis und Ignoranz. Auf dem Platz vor dem Rathaus for-

derte der CDU-Chef von Tausenden von Türkinnen: „Integrieren Sie sich endlich!“ Von der SPD war erst gar niemand erschienen. Aber knapp ein Jahr später beruhigte der „Runde Tisch“ des Oberbürgermeisters „erstmal“ das Gewissen der Verantwortlichen. Und letztmalig. Heute hat diese Funktion der direkt gewählte Ausländerbeirat – dessen Beschlüsse deshalb Rat und Verwaltung und schon gar nicht die Medien interessieren.

Sie alle sehen nur das große Ganze, die Stadt Dortmund, deren AusländerInnenanteil gerade mal bei zehn Prozent liegt. Aber wer genauer hinsieht, stellt fest, daß es auf die Details ankommt: Es gibt Stadtteile, in denen ein Drittel der Bevölkerung aus „Anwerbeländern“ kommt. Und die Hälfte der Schülerinnen an den Schulen. „Wohin also integrieren?“ fragen die dort unterrichtenden Lehrerinnen. Ihre Frage bleibt unbeantwortet und ihr Problem ungelöst. Denn für die politisch Verantwortlichen ist klar: Integration heißt vor allem Anpassung an die Umgebung, und die ist – gefälligst – deutsch.

Ein Beispiel: Die meisten Dortmunder MigrantInnen leben im Stadtbezirk Innenstadt-Nord. Traditionell ist dies ein Arbeiterbezirk, der vor allem durch die heutige Krupp-Dependance Hoesch geprägt wurde. Und da die Stadtentwicklung in solchen Bezirken mächtig hinterherhinkt, hat der Rat der Stadt Mitte der 80er Jahre eine „Projektgruppe Nord“ ins Leben gerufen, die – anderswo elementare – Merkmale von Lebensqualität schaffen sollte. Das Zeugnis der Stadtfürstinnen lautete, die PG Nord habe ‚mit gutem Erfolg‘ gearbeitet. Mag sein irgendwie.

Die angesichts der Bevölkerungsstruktur im Planungsraum selbstverständliche Frage, ob die PG Nord ausländische Beschäftigte (gehabt) habe, wurde mit dem Hinweis, es gehe doch nur um raumplanerische und also technische Fragen, als unangemessen zurückgewiesen. Eine derartige Repräsentanz sei nicht nötig. Die Tatsache, daß in diesem Bereich zwei auf unterschiedliche Weisen gesellschaftlich unterprivilegierte Gruppen in das andernorts ausgerufene Experiment „multikulturelle Gesellschaft“ geworfen worden waren und damit augenscheinlich Probleme hatten, erschien den Verantwortlichen irrelevant. Es ging ja um technische Fragen.

Einen Zusammenhang zwischen sozialen und technischen Fragen soll es aber gleichwohl geben. So erklären sozial engagierte Raumplanerinnen, es sei gar nicht so einfach, offizielle Umfragen richtig zu interpretieren. Nach ihrer Erfahrung hätten AusländerInnen erst mal nicht unbedingt grenzenloses Vertrauen in das, was da mit ihnen angestellt werde. Denn sie hätten keine Vorstellung, was mit den von ihnen „verratenen“ Daten geschehen könne. Sie fühlten sich vor allem ausgefragt. Die häufig festgestellte subjektive Zufriedenheit von AusländerInnen etwa mit ihren Wohnverhältnissen wäre in dieser Perspektive interpretationsbedürftig. Den Höhepunkt der

Einbeziehung von AusländerInnen in stadtentwicklungsplanerische Vorhaben, wenn sie auch nur den Namen Wohnumfeldverbesserung trugen, waren in Dortmunds Innenstadt-Nord Einladungen zu Bürgerinnenanhörungen in den Sprachen der MigrantInnen. Deren Begeisterung über diese Ansprache hielt sich ebenso in Grenzen wie ihre Beteiligung an den Versammlungen. Eine solch schnöde Mißachtung guten Willens wurde nicht lange geduldet: „Sehen Sie, das bringt es auch nicht.“ Schluß war also mit dem luxurierenden Unfug, Einladungen in mehreren Sprachen zu verteilen.

An dieser Stelle sei – schuldmindernd für die AusländerInnen – darauf hingewiesen, daß volle Versammlungssäle durchaus nicht die Regel sind bei Bürgerinnenanhörungen. Denn auch die deutsche Bevölkerung hat in der großen Mehrheit überhaupt kein Interesse daran, sich mal kurz ausfragen zu lassen – mit dem Ergebnis, daß dann doch, bürgerinnenlegitimiert, gemacht wird, was die Obrigkeit vorgeschlagen hat.

AusländerInnen haben aber noch ein anderes, objektives Problem. Ihnen wird die Teilnahme und -habe am öffentlichen, demokratischen Diskurs politisch und gesetzlich verweigert. Sie haben kein Recht darauf. Weshalb also sollten sie eine Einladung zu einer Bürgerinnenanhörung in ihrer eigenen Sprache besonders goutieren? Sie wissen doch, daß sie, auch wenn sie viel zu sagen hätten, nichts zu sagen haben.

Obwohl die Begründung ihres Wohnumfelds sie nicht vordringlich interessiert, weil sie „andere Probleme“ haben. Aber diese „anderen Probleme“, die damit zusammenhängen, daß ihnen als wichtigste und alle anderen überlagernde „Charaktereigenschaft“ zugemessen wird, „AusländerInnen“ zu sein, werden von den planenden Behörden ebensowenig wahrgenommen wie in der Regel von ihren deutschen Nachbarn.

Beschreibungen von AusländerInnen über ihr Leben in Deutschland ähneln sich deshalb sehr. Sie geben wieder, was ihre Lebensbedingungen in diesem Land vor allem ausmacht: Rechtliche Ungleichheit, politische Entmündigung und gesellschaftliche Diskriminierung. Die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen wollen schon dies nicht wahrhaben. Um so weniger ist den kommunalen Größen die Erkenntnis zuzumuten, daß ihr jeweiliges Kleinod, mag er Dortmund heißen oder Entenhausen, im Leben von AusländerInnen keine besondere Bedeutung hat.

Das liegt möglicherweise nicht nur daran, daß die Radwege in dieser Republik, zumindest im westlichen Teil, ebenso überall gleich gestaltet sind wie die Fußgängerzonen ununterscheid- und auswechselbar, sondern an der realen Desintegration von AusländerInnen. Welches Gestaltungsinteresse sollten sie haben an einer Stadt oder einem Stadtteil, wenn sie dort

praktisch nur als Gast – der, wie wir ja vom Sportreporter wissen, keine Rechte hat – geduldet sind?

Aber manchmal geht die Geschichte krumme und auch Ab-Wege, von denen sich die kommunale Stadtplanung keine Vorstellung macht. Hin und wieder enden diese auf Brachflächen. Im Ruhrgebiet wird daraus entwickelt, was mit KleingärtnerInnenkultur nur schwer in Einklang zu bringen ist: Grabeland. Der Kommunalverband Ruhrgebiet hat sich in einer Studie – eher zufällig im Gebiet von Oberhausen – mit der Bedeutung solch „wilder“ Gärten gerade für AusländerInnen befaßt. Und deren Duldung befürwortet. Ohne politische Konsequenzen. Denn wo von AusländerInnen bewirtschaftetes Grabeland anderen Interessen im Wege ist, findet die Stadtplanung Gründe und Mittel zur Beseitigung illegalen Wildwuchses.

Hier und da könnte mensch allerdings auch auf die Idee kommen, die Verantwortlichen hätten etwas gelernt. Zum Beispiel aus dieser Tatsache: „Wo viele Türken einziehen, ziehen Deutsche aus.“ (Obwohl gerade AusländerInnen gerne in „gemischten“ Häusern wohnen.) „Förderung des sozial adäquaten Aneignungsprozesses neugeschaffener Aufenthaltsflächen“ war der Titel einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Stadt Dortmund, der sich anhörte wie eine Lernkonsequenz. Leider hatte auch dieses Projekt mit den vielen AusländerInnen im Stadtbezirk nichts zu tun. Es ging nur um neugeschaffene Plätze, derer sich in unterschiedlicher Weise lärmverursachende und nicht, wie geplant, ruhesuchende Menschen bemächtigt hatten. Sozial inadäquat.

Aber wie verschaffen sich AusländerInnen die gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen, die sie aus sozialen, religiösen oder auch politischen Gründen für notwendig halten? Wo deutsche (Glaubens)Gemeinschaften Unterstützung durch die Behörden erfahren, wird für Muslime Hinterhofplanung betrieben, die die Verantwortlichen so recht nicht interessiert, ihnen eher lästig ist. Deshalb ist die Verwunderung oft groß, wenn wieder mal ein Haus in der Stadt „plötzlich“ zur Moschee geworden ist. (Ausnahmen bestätigen hier mal nicht die Regel, sondern müssen mit der Lupe gesucht werden.)

Es ist ja nicht zu übersehen – und möglicherweise bald auch nicht mehr zu überhören –, daß die Religion für die Muslime hierzulande eine weit größere Bedeutung hat, als sie von den Christinnen in unserer säkularisierten Gesellschaft heute noch gefordert und ihnen zugestanden wird. Dieser starke Bezug auf die Religion ist – ebenso wie die vor allem in letzter Zeit wieder heftig diskutierte Hinwendung der AusländerInnen zu eigenen Medien-Reflex der randständigen Existenz in dieser Gesellschaft. Damit müßte diese eigentlich umzugehen wissen. Denn diese Gesellschaft hat die Koedukation

ebenso geschaffen wie die Ökumene. Aber statt durch tolerante Öffnung säkulare Entwicklungen zu ermöglichen, wird unter dem Motto „Gegen den Fundamentalismus!“ ausgegrenzt.

Deshalb kann eine Moschee Verhandlungsgegenstand in Ordnungs- und Stadtreinigungsamt werden, wie es für eine christliche Gemeinde unvorstellbar wäre. Auch nach jahrelanger Auseinandersetzung ist es in Dortmund nicht gelungen, Altglascontainer vor einer Moschee umsetzen zu lassen. Bauordnungsamt und politische Agitation sind jedoch auch nicht fern. Als ein ehemaliger Kinosaal zu einer Moschee umgebaut werden sollte, durfte sich auch die Bezirksvertretung der Innenstadt-Nord damit befassen. Ohne Kenntnis der Antragsteller – zumindest das sei festgehalten: Antragstellerinnen gab es bisher nicht – waren sich alle Fraktionen einig. CDU, SPD, Grüne: Besser nicht.

Für die CDU war klar, daß es genügend Moscheen in Innenstadt-Nord gibt und der Stadtbezirk sowieso „überbelastet“ ist. Mit AusländerInnenproblemen, selbstverständlich. Die SPD, in der die Urteile mehrheitlich nicht unbedingt anders sind, (er) fand die Ausrede, die Verkehrsbelastung sei möglicherweise un(v)erträglich. Und die Grünen brachten es fertig, davon zu reden, da solle möglicherweise unter dem Deckmantel der Ausübung einer Religion rechtsextremistische Politik betrieben werden. Es hilft wenig, daß dieselben Grünen, nachdem sie einen Abend lang mit den Antragstellern gesprochen hatten, meinten: „Da sind wir aber froh, daß Sie nicht so sind, wie wir gedacht haben.“ Denn daß ihr Denken das Problem sein könnte – darauf sind sie nicht gekommen.

So richtig schön auf den Begriff gebracht wurde die multikulturelle Gesellschaft aber erst durch die Leserinnenbriefe zu dieser Auseinandersetzung in den Dortmunder Tageszeitungen. Da hatte nämlich eine Raumplanerin, an der Universität Dortmund intensiv mit Multikulti beschäftigt, gewagt, sich in die Debatte über die Kino-Moschee einzumischen, und bei der Gelegenheit auch einiges über den Stadtbezirk Innenstadt-Nord gesagt. Unisono und -sona wurde ihr vorgehalten: Was haben Sie, Frau Dr. W., dazu zu sagen, was in unserem Stadtbezirk passiert? Sie wohnen doch gar nicht hier!

Will sagen: Wir haben nichts gegen Fremde, sie müssen nur von hier sein.

(Aus: Initiative für ein internationales Kulturzentrum (Hg.), Immigrant City – Interkulturelle Ansätze in der Stadtentwicklung, Hannover 1996, S. 22-29